

---

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Geleitwort .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XVII
Literaturverzeichnis .....	XXV
Materialienverzeichnis .....	XXXI

<b>Einführung</b> .....	<b>1</b>
I. Zweck und Mittel .....	1
II. Rahmengesetz technischer Art .....	3
III. Konkretisierung durch Verordnungen .....	4
IV. Gesetzliche Grundlage für den Erlass des Embargogesetzes .....	5
V. Geschichtliches .....	6
VI. Reformbedürftigkeit des Embargogesetzes? .....	10

## **1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen** .....

13

Art. 1 Gegenstand .....	13
I. Allgemeines .....	14
II. Sanktionen .....	17
1. Allgemeines .....	17
2. Zweck und Natur von internationalen Sanktionsmassnahmen .....	19
3. Unterschiedlicher Ermessensspielraum bei der Übernahme von UNO-Sanktionen und EU-Sanktionen .....	20
4. Umfassende Sanktionen vs. gezielte Sanktionen («smart sanctions») .....	21
5. Traditionelle vs. neuere Sanktionsregimes und deren Einfluss auf Individuen und Unternehmen .....	25
6. Das Zertifizierungssystem im Rohdiamantenhandel zur Durchsetzung von «smart sanctions» .....	26
7. Eingeschränkte Sanktionen .....	27
III. Zwangsmassnahmen .....	29
1. Anwendungsgebiete (Objekte) und Instrumente der Zwangsmassnahmen .....	29
2. Festlegung der Zwangsmassnahmen durch Verordnung .....	29
a) Kategorien von Zwangsmassnahmen .....	29
b) Das Beispiel der Ukraine-Verordnung .....	31
aa) Beschränkungen des Handels (Gütermassnahmen) .....	32
bb) Finanzielle Beschränkungen (Finanzmassnahmen) .....	32

cc) Beschränkungen von Dienstleistungen (Dienstleistungsmassnahmen) . . . . .	33
dd) Massnahmen betreffend spezifizierte Gebiete . . . . .	33
ee) Weitere Beschränkungen . . . . .	33
3. Die Unterscheidung Vermögenssperre–Einziehung . . . . .	34
IV. Ermessensvorschrift . . . . .	35
V. Vorbehalt der Massnahmen des Bundesrates nach Art. 184 Abs. 3 BV . . . . .	36
1. Allgemeines . . . . .	36
2. Die Tatbestandsmerkmale von Art. 184 Abs. 3 BV . . . . .	37
a) «Wenn die Wahrung der Interessen des Landes ...» . . . . .	37
b) «... es erfordert ...» . . . . .	38
c) «... kann der Bundesrat ...» . . . . .	38
d) «... Verordnungen und Verfügungen erlassen» . . . . .	39
e) «Verordnungen sind zu befristen» . . . . .	40
3. Die Schranken von Art. 184 Abs. 3 BV . . . . .	41
4. Die Überprüfbarkeit von Verordnungen und Verfügungen gemäss Art. 184 Abs. 3 BV . . . . .	41
VI. Anwendungsbereich des EmbG und der Embargoverordnungen . . . . .	43
1. Territorialer Anwendungsbereich . . . . .	43
2. Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	43
VII. Massnahmen, die nicht klar einem Staat zugeordnet werden können . . . . .	46
Art. 2 Zuständigkeit . . . . .	49
I. Allgemeines . . . . .	50
1. Kompetenznorm für den Bundesrat . . . . .	50
2. Hervorhebung der humanitären Ausnahmen . . . . .	51
3. Form, in der die Zwangsmassnahmen erlassen werden . . . . .	51
II. Rechtsnatur nationaler Umsetzungsakte . . . . .	52
1. Sanktionsverordnungen als unselbständige Rechtsverordnungen . . . . .	52
2. Die kritische Auseinandersetzung durch MATTHIAS OESCH . . . . .	52
III. Die Umsetzung der Sanktionen im schweizerischen Recht . . . . .	55
1. Allgemeines . . . . .	55
2. Rechtliche Grundlagen der Verordnungen . . . . .	56
3. Öffentliches Interesse . . . . .	58
4. Verhältnismässigkeit . . . . .	58
5. Grundrechtsbindung . . . . .	59
IV. Die Umsetzung von UNO-Sanktionen in der Schweiz . . . . .	62
1. Die UNO-Sanktionen . . . . .	62
2. Die Verordnung zur automatischen Übernahme von UNO-Sanktionslisten . . . . .	64

<b>2. Abschnitt: Kontrolle</b>	<b>67</b>
Art. 3 Auskunftspflicht	67
Art. 4 Befugnisse der Kontrollorgane	69
I. Inhalt und Zweck der Befugnisse der Kontrollorgane	70
1. Die gesetzliche Grundlage	70
2. Öffentliches Interesse	71
3. Verhältnismässigkeit	72
II. Möglichkeit der Beziehung von anderen Behörden	72
III. Pflichten und Handeln der Kontrollorgane	72
1. Allgemeines	72
2. Wahrung des Amtsgeheimnisses	73
3. Vorsichtsmassnahmen zur Verhinderung von Wirtschaftsspionage	76
<b>3. Abschnitt: Datenschutz und Zusammenarbeit von Behörden</b>	<b>79</b>
Art. 5 Datenbearbeitung	79
I. Allgemeines	80
1. Gesetzliche Grundlage	80
2. Die zuständigen Behörden des Bundes	80
3. Die Nichtanwendbarkeit des DSG	81
4. Geltungsbereich von Art. 5 EmbG und (analoge) Anwendung der DSG-Begriffe	84
5. Totalrevision des DSG	85
II. Die Bearbeitung von «Personendaten»	86
1. Personendaten	86
2. Bearbeiten	88
a) Allgemeines	88
b) Archivierung	89
c) Bekanntgabe	90
d) Grenzüberschreitende Bekanntgabe	91
III. Die Bearbeitung von «besonders schützenswerten Personendaten»	94
1. Besonders schützenswerte Personendaten	94
a) Allgemeines	94
b) Die einzelnen Kategorien	95
aa) Ziff. 1	95
bb) Ziff. 2	96
cc) Ziff. 3	96
dd) Ziff. 4	97
2. Differenzierte Behandlung von «besonders schützenswerten Personendaten» im EmbG	97

Art. 6 Amtshilfe in der Schweiz .....	99
Art. 7 Amts- und Rechtshilfe zwischen schweizerischen und ausländischen Behörden .....	102
I. Allgemeines .....	106
II. Internationale Amtshilfe vs. internationale Rechtshilfe .....	107
III. Bedingungen der Zusammenarbeit .....	108
IV. Internationale Amtshilfe .....	109
1. Ersuchen seitens der Schweiz ans Ausland .....	109
2. Amtshilfe der Schweiz zu Gunsten des Auslandes .....	110
V. Internationale Rechtshilfe .....	111
 <b>4. Abschnitt: Rechtsschutz</b>	 113
Art. 8 .....	113
I. Das Verfahren für Beschwerden gegen Verfügungen nach dem EmbG	113
1. Allgemeines .....	113
2. Verfügungen als Beschwerdeobjekt .....	114
3. Beschwerde an den Bundesrat in Fragen der inneren oder äusseren Sicherheit des Landes und der übrigen auswärtigen Angelegen- heiten .....	116
a) Begriff der inneren oder äusseren Sicherheit des Landes und der übrigen auswärtigen Angelegenheiten .....	116
b) Bundesrat als Beschwerdeinstanz .....	117
c) Ausnahme bei völkerrechtlichem Anspruch auf gerichtliche Beurteilung .....	119
4. Fälle, in denen es nicht um Fragen der inneren oder äusseren Sicherheit des Landes und der übrigen auswärtigen Angelegen- heiten geht .....	120
5. Grundentscheidung zur Ergreifung internationaler Sanktionen vs. konkrete Massnahmen .....	120
6. Gerichtliche Praxis in der Schweiz .....	121
II. De-listing .....	123
1. Allgemeines .....	123
2. Focal Point for De-listing («Anlaufstelle für die Streichung aus Sanktionslisten») .....	123
a) Grundlagen und Zweck des Focal Point for De-listing .....	124
b) Das Mandat des Focal Point for De-listing .....	125
3. Ombudsperson des ISIL (Da'esh) and Al-Qaida Sanctions Committee .....	127
4. Die Kritik an das UNO Listing und De-Listing-Verfahren .....	127

<b>5. Abschnitt: Strafbestimmungen und Massnahmen</b>	<b>129</b>
Vorbemerkungen zum 5. Abschnitt	129
I. Das Embargogesetz und das Verwaltungsstrafrecht	129
1. Die Strafbestimmungen des Embargogesetzes als Teil des Wirtschaftslenkungsstrafrechts	129
2. Die Strafbestimmungen des Embargogesetzes als Teil des Verwaltungsstrafrechts	130
II. Das Embargogesetz, die angedrohten Strafen und die Verjährungsfristen	131
1. Anpassung der Strafen und Verjährungsfristen gemäss Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches	131
2. Die Verjährung	133
a) Verjährung der Strafverfolgung	133
b) Unterbrechung und Ruhen der Strafverfolgungsverjährungsfrist	134
aa) Allgemein	134
bb) Anwendungsbereich	135
cc) Rechtsmittelverfahren	135
dd) Verbüssen einer Freiheitsstrafe im Ausland	136
c) Vollstreckungsverjährung	136
aa) Übertretung	136
bb) Vergehen und Verbrechen	137
cc) Umwandlung gemäss Art. 333 Abs. 6 lit. e StGB	138
III. Versuchsstrafbarkeit	138
1. Allgemeines	138
2. Abgrenzung zwischen Vorbereitung und Versuch	139
3. Rücktritt und tätige Reue	140
IV. Teilnahmestrafbarkeit	141
Art. 9 Vergehen	144
I. Allgemeines	145
II. Vorsätzliche Tatbegehung	145
1. Nicht schwere Fälle	145
2. Schwere Fälle	146
III. Fahrlässige Tatbegehung	147
Art. 10 Übertretungen	148
I. Zwei verschiedene Tatbestände	149
II. Vorsätzliche Tatbegehung	150
III. Versuch und Gehilfenschaft	150
1. Versuch	151
2. Gehilfenschaft	151
IV. Fahrlässige Tatbegehung	152

V. Verjährung der Strafverfolgung . . . . .	152
Art. 11 Zusammentreffen mehrerer Strafbestimmungen . . . . .	155
I. Konkurrenz mit Verstößen des KMG, des GKG oder des KEG . . . . .	156
II. Konkurrenz mit dem Tatbestand des Bannbruchs der Zollgesetz- gebung . . . . .	156
Art. 12 Verstöße in Geschäftsbetrieben . . . . .	159
I. Verweis auf das Verwaltungsstrafrecht . . . . .	159
II. Elemente von Art. 6 VStrR . . . . .	160
1. Täterprinzip (Art. 6 Abs. 1 VStrR) . . . . .	160
2. Geschäftsherrenhaftung (Art. 6 Abs. 2 VStrR) . . . . .	162
3. Das Unternehmen als Geschäftsherr: Organ- oder Vertreterhaftung (Art. 6 Abs. 3 VStrR) . . . . .	165
4. Konkurrenzen . . . . .	166
5. Vorsatz und Fahrlässigkeit . . . . .	166
Art. 13 Einziehung von Gegenständen und Vermögenswerten . . . . .	168
I. Die Einziehung . . . . .	169
1. Voraussetzung der Einziehung . . . . .	169
2. Konsequenz der Einziehung . . . . .	170
II. Die Beschlagnahme . . . . .	171
Art. 14 Gerichtsbarkeit . . . . .	174
I. Anwendbarkeit des Verwaltungsstrafrechts . . . . .	175
II. Verfolgende Behörde und Begründung der Bundesgerichtsbarkeit . . . . .	175
<b>6. Abschnitt: Schlussbestimmungen</b> . . . . .	<b>177</b>
Art. 15 Berichterstattung . . . . .	177
Art. 16 Nachführung von Verordnungsanhängen . . . . .	178
Art. 17 Änderung bisherigen Rechts . . . . .	180
Art. 18 Referendum und Inkrafttreten . . . . .	181
Stichwortverzeichnis . . . . .	183